

Beschlüsse

der Bundesdelegiertenkonferenz 03./04.12.2011

Inhalt:

Beschluss	Seite
Neuer Aufbruch für DIE LINKE	2
Solidarität mit den Beschäftigten der Bodendienste an den europäischen Verkehrsflughäfen	5
Streikrecht ist Grundrecht und unteilbar – Solidarität mit den Beschäftigten in der Diakonie	6
Europaweit gemeinsam gegen Liberalisierung und Privatisierung	7
Resolution zur Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen bei BHW und Postbank	8
Bundesfreiwilligendienst (BFD) und Freiwilligendienst aller Generationen (FwdaG) als verdeckten Niedriglohnsektor abschaffen – Jugendfreiwilligendienste FSJ und FÖJ stärken!	9

Resolution der Bundesdelegiertenkonferenz der AG Betrieb & Gewerkschaft

„Deutschland ist eine Klassengesellschaft. Die Produktion von Waren und Dienstleistungen findet überwiegend in privaten Unternehmen mit dem Ziel statt, möglichst hohe Gewinne zu erzielen. Die große Mehrheit der Erwerbstätigen arbeitet als abhängig Beschäftigte.“

Erfurter Programm DIE LINKE 2011

Neuer Aufbruch für DIE LINKE

Beschluss der Bundesdelegiertenkonferenz der AG Betrieb & Gewerkschaft der LINKEN
Berlin, 03./04.2011

Erfurter Parteitag war ein Erfolg

Der Erfurter Parteitag der Partei DIE LINKE war ein Erfolg. Er hat gezeigt, dass die Partei in der Lage ist, programmatische Positionen zu beziehen und dabei eine große Geschlossenheit zu erreichen. Die Zustimmung von 96,9 Prozent der Delegierten zum Programm hat das bewiesen.

Die AG Betrieb & Gewerkschaft hat mit andern gewerkschaftlich orientierten Kräften dafür gesorgt, dass die Positionen linker Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im Programm eine gewichtige Rolle spielen.

Es gibt kein aktuelles Parteiprogramm in der Bundesrepublik, welches so große Übereinstimmungen mit gewerkschaftlichen Positionen aufweist.

Als linke antikapitalistische Partei gehen wir allerdings in mehreren Fragen über die aktuellen gewerkschaftlichen Positionen hinaus.

DIE LINKE stellt sich ausdrücklich in die Tradition der Arbeiterbewegung und nimmt positiv Bezug auf die historischen und aktuellen Kämpfe der Gewerkschaften. Wir sagen ganz klar, dass wir auch in den Klassenkämpfen der Gegenwart an der Seite der Gewerkschaften stehen und sie unterstützen.

Als AG Betrieb & Gewerkschaft haben wir dafür gesorgt, dass Aussagen des Programms zu Themen wie Gute Arbeit und Streikrecht präziser dargestellt wurden.

So ist unser Antrag zum Streikrecht vom Parteivorstand übernommen worden. Unsere Anträge zum Mindestlohn und zur Arbeitszeitverkürzung haben wir auf dem Parteitag diskutiert und die Mehrheit der Delegierten hat den Anträgen zugestimmt.

Sie sind jetzt Bestandteil des Programms – das ist ein Erfolg der AG Betrieb und Gewerkschaft.

Jetzt gilt es, die Inhalte des Programms in unserem Umfeld zu diskutieren, bekannt zu machen und für die Umsetzung zu kämpfen.

Kapitalismus fordert Gewerkschaften und Linke in Europa heraus

Die Welt erlebt gegenwärtig die tiefste Wirtschaftskrise seit 80 Jahren. Das führt zu einer beispiellosen Enteignung der Bevölkerungsmehrheit. Millionenfach sind Arbeitsplätze und Einkommen bedroht.

Die neoliberalen Parteien haben mit Druck auf Löhne, Renten und Sozialleistungen eine beispiellose Umverteilung zu Gunsten der Reichen organisiert und mit ihren Gesetzen Tür und Tor für die Spekulationen von Finanzunternehmen geöffnet.

Lohndumping und Sozialabbau, die in Deutschland mit Hartz Gesetzen und der Agenda 2020 vorangetrieben wurden, werden jetzt insbesondere nach Europa „exportiert“.

Die Banken und Finanzkonzerne sind in der Krise noch mächtiger und systemrelevanter geworden. Unter dem Deckmantel der Euro Rettung werden immer neue Bankenrettungspakete verabschiedet. Die Regierungen unterwerfen sich zunehmend den Finanzmarktakteuren. Der Kapitalismus wird repressiver, die EU wird zum Spielfeld des ökonomischen und politischen Imperialismus.

Vor diesem Hintergrund haben wir kein Verständnis, wenn die Vorsitzenden der deutschen Gewerkschaften in einer Anzeige den deutschen Bundestag aufgefordert haben, den „Euro Rettungsschirm“ zu unterstützen, wohl wissend, dass damit z.B. In Griechenland Massenentlassungen im Öffentlichen Dienst, Lohn- und Sozialkürzungen verbunden sind.

Wir fordern die deutschen Gewerkschaftsvorstände auf, endlich Solidaritätsaktionen mit den Kolleginnen und Kollegen in Griechenland, Italien, Spanien und Portugal zu organisieren.

Wer einen Weg aus der Krise finden will, muss dem deutschen Lohn- und Sozialdumping ein Ende setzen. An der Stelle von Minijobs und Leiharbeit müssen wieder anständig bezahlte Arbeitsverhältnisse treten, die ein unabhängiges Leben in Würde ermöglichen. Dies ist nicht nur im Interesse der Beschäftigten in Deutschland, sondern nutzt der Bevölkerung in ganz Europa.

Die Eigentums-, Verteilungs- und Demokratiefrage stellen

Oskar Lafontaine hat auf dem Erfurter Parteitag in diesem Zusammenhang sehr deutlich gemacht, dass wir die einzige Partei sind, die die Eigentums-, Verteilungs- und Demokratiefrage stellt.

Die Sanierung der Staatsfinanzen erfordert die **Abschöpfung hoher privater Vermögen**, etwa durch eine EU-weite Krisenabgabe sowie die Millionärsteuer in Deutschland. Das private Nettovermögen in Deutschland beträgt etwa 8 Billionen Euro gegenüber 2 Billionen Euro Staatsverschuldung. Es ist hoch konzentriert: Zwei Drittel der Bevölkerung verfügen über kein oder sehr geringes Vermögen, die reichsten 10 Prozent verfügen über zwei Drittel des Vermögens, das reichste 0,1 Prozent über fast ein Viertel.

Die Staatshaushalte müssen von der Diktatur der Finanzmärkte befreit werden. Wir wollen eine Europäische Union, die sich nicht länger von Banken, Finanzinvestoren und Spekulanten erpressen lässt. Die EU braucht eine öffentliche Bank, die Staaten billige Kredite der Europäischen Zentralbank (EZB) ohne Umweg über private Geschäftsbanken gewährt.

Der Bankensektor gehört unter öffentlich-rechtliche Kontrolle und muss strikt reguliert werden.

Großbanken gehören zerschlagen oder in öffentliches Eigentum überführt. Dazu gehört das Verbot des Eigenhandels bzw. der Spekulation mit Aktien, Rohstoffen und Währungen auf eigene Rechnung. Investmentbanken muss der Zugang zu Zentralbankgeld verwehrt werden.

Die Finanzmärkte haben die Parlamente entmachtet. **Die nationale Haushaltssouveränität bzw. die Demokratie ist zu verteidigen.** Mit der Senkung der Reallöhne in Deutschland verschafft sich das deutsche Kapital Konkurrenzvorteile und exportiert zugleich die Risiken der Kapitalverwertung insbesondere in die EU-Staaten. Nötig ist ein lohn- statt kreditgetriebenes Wachstum. Europa kann außenwirtschaftliche Ungleichgewichte – etwa die hohen deutschen Exportüberschüsse durch Lohn- und Steuerdumping – über Instrumente wie eine Ausgleichsunion mit Sanktionen gegen chronische Leistungsbilanzüberschüsse auch ohne ein „europäisches Finanzministerium“ verhindern.

Umsteuern in der Bundesrepublik

Die Mitglieder AG Betrieb & Gewerkschaft setzen sich in den Gewerkschaften für eine kämpferische Gewerkschaftspolitik ein, die den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit in den Mittelpunkt stellt. Wollen die Gewerkschaften nicht weiter in die Defensive geraten, müssen sie ihre Politik ändern und erkennen, dass es keine gemeinsamen Interessen zwischen Kapital und Arbeit gibt, um aus der Krise herauszukommen. Erkennen der DGB und seine Einzelgewerkschaften dieses nicht, besteht die Gefahr, dass die sozialen und tariflichen Standards noch weiter absinken.

Vor diesem Hintergrund kommt den Tarifrunden im Frühjahr 2012 z.B. in der Metallindustrie und im Öffentlichen Dienst (Bund & Gemeinden) eine wichtige Bedeutung zu. Wir sind dafür, dass Tarifforderungen aufgestellt werden, die eine Umverteilung von oben nach unten möglich machen und damit ein Umsteu-

ern in der Einkommensentwicklung. Die beste Solidarität mit der Arbeiterbewegung in den anderen europäischen Ländern ist natürlich, die Auseinandersetzungen im eigenen Land zu gewinnen.

Wir, die Mitglieder der AG Betrieb & Gewerkschaft werden unseren Teil dazu beitragen, dass die Partei DIE LINKE solidarisch an der Seite der Gewerkschaften aktiv wird.

Neuer Aufbruch – neue Mitglieder für DIE LINKE

Notwendig ist ein neuer Aufbruch für DIE LINKE in der Mitgliedergewinnung. In der Zeit des Zusammenschlusses von PDS und WASG fanden nicht wenige Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter den Weg in die Partei DIE LINKE.

Dieser Prozess ist erlahmt.

Die AG Betrieb & Gewerkschaft will dies ändern.

Soll DIE LINKE als Kraft, die weiterhin gegen die Auswirkungen der Agenda 2010-Politik und das System der Hartz-Gesetze kämpft, Erfolg haben, benötigt sie deutlich mehr Mitglieder aus den Reihen aktiver Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter.

Sind wir in dieser Frage erfolgreich, wird dies den Druck von links auf die Gewerkschaften erhöhen.

Wir wollen bis Ende 2012 hundert neue Mitglieder für die Partei gewinnen.

„Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.“

Erfurter Programm der SPD 1891

Solidarität mit den Beschäftigten der Bodendienste an den europäischen Verkehrsflughäfen

Beschluss der Bundesdelegiertenkonferenz der AG Betrieb & Gewerkschaft der LINKEN
Berlin, 03./04.2011

Die Bundesdelegiertenkonferenz der AG Betrieb & Gewerkschaft der LINKEN erklärt sich mit den Beschäftigten der Bodendienste an den europäischen Verkehrsflughäfen solidarisch.

Wir unterstützen den Kampf von ver.di und den anderen Verkehrsgewerkschaften im Rahmen der ETF gegen eine Öffnung der Richtlinie 96/97/EG, die von Seiten der EU-Kommission geplant ist.

Es wird keine weitere Liberalisierung der Bodendienste an den Flughäfen benötigt. Diese würde nicht nur zu Lasten der dort Beschäftigten, sondern auch zu Lasten der Sicherheit der Flugpassagiere gehen.

Einzig und allein das Profitinteresse der großen Fluggesellschaften steht hinter dem Bestreben diese Richtlinie weiter zu „liberalisieren.“

Bereits die bestehende Richtlinie aus dem Jahre 1996 hat zur Folge gehabt, dass die Löhne der in diesem Bereich Beschäftigten um 25 Prozent gesunken sind.

Wir sind der Meinung, dass bereits die Einführung der Richtlinie im Jahre 1996 ein Schritt in die falsche Richtung war, da er die Marktöffnung für Billiganbieter durchgesetzt und den Lohndruck in Gang gesetzt hat.

Wenn heute durch eine Öffnung der Richtlinie die Löhne noch weiter gesenkt werden sollen und durch Kostendruck die kommunalen Flughäfen grundsätzlich gezwungen werden sollen die Bodendienste generell zu privatisieren, kann das nur den Widerstand der Partei DIE LINKE hervorrufen.

Streikrecht ist Grundrecht und unteilbar Solidarität mit den Beschäftigten in der Diakonie

Beschluss der Bundesdelegiertenkonferenz der AG Betrieb & Gewerkschaft der LINKEN
Berlin, 03./04.2011

Die Bundesdelegiertenkonferenz der Arbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft in der Partei DIE LINKE am 03. / 04. Dezember 2011 in Berlin ...

- kritisiert den verfassungswidrigen „Gesetzes“beschluss der EKD Synode vom 09.11.2011, (Streikrecht für Beschäftigten in der Diakonie) – Streikrecht ist Menschenrecht und endet nicht an den Pforten diakonischer Einrichtungen!!!
- begrüßt den Gesetzentwurf der Bundestagsfraktion der LINKEN zum kirchlichen Arbeitsrecht und unterstützt Diskussionen in der Partei und ihren Gliederungen hierzu.
- fordert die Anwendung des Betriebsverfassungsgesetzes (Änderung/Streichung § 118) in Einrichtungen der Kirche, Diakonie und Caritas.
- unterstützt die Aktionen der Gewerkschaften ver.di und GEW unter dem Motto „Streikrecht ist Grundrecht“.
- unterstützt durch GenossInnen ihrer Landes AGen, MandatsträgerInnen auf Bundes - / Landesebene, Kommunalparlamenten sowie in Kreisverbänden Streikaktionen diakonischer Beschäftigte aktiv durch Teilnahme und Solidaritätsadressen.
- fordert öffentlich die Zurücknahme der Klage diakonischer Arbeitgeber gegen ver.di zum Streikrecht (BAG Instanz im Mai 2012 zu erwarten).
- weist die Forderung nach Änderung des Tarifvertragsgesetzes zurück (Gleichsetzung von Regelungen des Dritten Weges mit Tarifverträgen).
- unterstützt die ver.di Forderung nach einem Flächentarifvertrag für die soziale Arbeit für alle Wohlfahrtsverbände auf Bundesebene.

Europaweit gemeinsam gegen Liberalisierung und Privatisierung

Beschluss der Bundesdelegiertenkonferenz der AG Betrieb & Gewerkschaft der LINKEN
Berlin, 03./04.2011

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft der Partei DIE LINKE begrüßt den klaren Standpunkt der Europäischen Linksfraktion GUE/NGL bei der jüngsten Abstimmung im EU-Parlament über das Eisenbahnpaket (Neufassung) zur weiteren Liberalisierung und Trennung der bestehenden Eisenbahngesellschaften.

Dieses Paket ist ein weiterer Schritt auf dem seit über 20 Jahren von EU-Gremien und Lobby-Verbänden vorgegebenen Weg in Richtung Zerschlagung großer Eisenbahngesellschaften und Privatisierung des europäischen Eisenbahnsektors. Damit drohen über kurz oder lang in ganz Europa britische Zustände. Gewinner in diesem Prozess sind private Konzerne, die sich durch den Zugriff auf Filetstücke im Eisenbahnsektor ihre Profite sichern. Verlierer sind Beschäftigte, Umwelt und die Masse der Bevölkerung. Denn Eisenbahn-Liberalisierung bedeutet vor allem Arbeitsplatzabbau, Leistungsverdichtung und Prekarisierung, Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen, Vernachlässigung von Sicherheit und Umweltbelangen sowie eine Konzentration auf profitable Verbindungen. Die Zerschlagung großer Eisenbahnunternehmen steigert zudem die Gefahr der Arbeitslosigkeit für Beschäftigte, die aus gesundheitlichen Gründen bestimmte Tätigkeiten nicht mehr verrichten können.

Eisenbahn ist ein zusammenhängendes Gefüge. Es gehört in öffentliche Hände und darf sich nicht in profitorientierte Einzelteile zerlegen lassen. Eine funktionierende Eisenbahn kann es nur im Ganzen geben und in Europa im partnerschaftlichen Miteinander. Ein Verdrängungswettbewerb zwischen Bahngesellschaften, wie er sich schon seit Jahren europaweit anbahnt, ist für das Gesamtsystem schädlich.

Die in den letzten 20 Jahren erfolgten Privatisierungen, Ausgliederungen und Aufspaltungen bestehender Eisenbahngesellschaften müssen rückgängig gemacht werden. Der Bundestagsbeschluss vom Mai 2008 über einen Börsengang der DB Mobility&Logistics AG muss aufgehoben werden. Wir fordern aber nicht eine 1:1-Wiederherstellung der alten Strukturen von Bundesbahn oder Reichsbahn, sondern eine optimierte und transparente Eisenbahn in öffentlichem Besitz und unter demokratischer Kontrolle von Beschäftigten und Öffentlichkeit. Statt europaweitem Wirtschaftskrieg streben wir die Vereinigten Eisenbahnen von Europa an.

Die Ankündigung der EU-Kommission, im Jahre 2012 mit einem weiteren Richtlinienentwurf die endgültige „Entflechtung“ der Eisenbahnunternehmen zu erzwingen, ist eine Kampfansage an die Beschäftigten. Wir werden weiterhin im Schulterschluss mit Belegschaften und Gewerkschaften Widerstand leisten.

Entscheidend wird aber sein, inwieweit die Gewerkschaften selbst in den Betrieben Druck von unten aufbauen. Um den Druck auf EU-Kommission und EU-Parlament zu erhöhen, kommt es auf einen gemeinsamen gebündelten Widerstand von Beschäftigten aus allen von der Liberalisierung betroffenen Branchen an. Denn die Belegschaften von Bodendiensten an europäischen Verkehrsflughäfen sind von den Vorstößen der EU-Kommission ebenso bedroht wie die EisenbahnerInnen und Beschäftigte in Seehäfen.

Dass europaweiter Widerstand nötig und möglich ist, zeigt der von der Europäischen Transportarbeiterföderation (ETF) vor wenigen Jahren organisierte erfolgreiche Widerstand der europäischen Hafentarbeiter gegen die Liberalisierungsrichtlinien für die Arbeit in den Seehäfen (Port Package I&II).

Resolution zur Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen bei BHW und Postbank

Beschluss der Bundesdelegiertenkonferenz der AG Betrieb & Gewerkschaft der LINKEN
Berlin, 03./04.2011

Die Bundesdelegiertenkonferenz der AG Betrieb & Gewerkschaft unterstützt die KollegInnen von BHW und Postbank in ihrem Kampf gegen die massive Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen und für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und der bestehenden Tarifverträge.

Noch vor einem Jahr versprach die Postbank-Führung, dass sich mit der Übernahme von Postbank und BHW durch die Deutsche Bank an den Arbeitsbedingungen und den bestehenden Verträgen nichts ändern würde. Nun sehen sich die Beschäftigten mit einem Generalangriff auf ihre Arbeitsbedingungen und Arbeitsplätze konfrontiert. Wir verurteilen diesen Wortbruch des Managements auf das Schärfste.

Neben der Erhöhung der Arbeitszeit auf 42 Stunden in der Woche sowie der Einführung der 6-Tage-Woche soll der Urlaubsanspruch bei der BHW um bis zu neun Tage reduziert werden. Insgesamt steht eine Kürzung des Entgeltes um bis zu 30 Prozent an.

Um dies durchzusetzen, sollen den Beschäftigten ihre bisherigen Arbeitsverträge gekündigt werden, um sie dann für die gleiche Arbeit in neuen Gesellschaften zu wesentlich schlechteren Bedingungen wieder einzustellen.

Sollte sich die Konzernleitung mit diesen Vorhaben durchsetzen, würden mit hoher Wahrscheinlichkeit andere Finanzdienstleister diesem Beispiel folgen.

Die Bundesdelegiertenkonferenz der BAG Betrieb & Gewerkschaft steht an der Seite der KollegInnen und ihrer Gewerkschaften im Kampf gegen Tariffucht durch Outsourcing. Der Grundsatz „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ muss immer und überall gelten.

Die Bundesdelegiertenkonferenz der BAG Betrieb & Gewerkschaft fordert die Partei DIE LINKE einschließlich der Fraktionen in den Parlamenten auf, die KollegInnen bei ihrem Kampf gegen Lohndumping und immer schlechter werdende Arbeitsbedingungen zu unterstützen.

Bundesfreiwilligendienst (BFD) und Freiwilligendienst aller Generationen (FwdaG) als verdeckten Niedriglohnsektor abschaffen – Jugendfreiwilligendienste FSJ und FÖJ stärken!

Beschluss der Bundesdelegiertenkonferenz der AG Betrieb & Gewerkschaft der LINKEN
Berlin, 03./04.2011

- Die Partei DIE LINKE fordert die Abschaffung des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) als neuen, staatlich subventionierten und verdeckten Niedriglohnsektor.
- Die Arbeitsmarktneutralität ist als Merkmal beizubehalten (zusätzlich, sonst nicht, nicht in diesem Umfang und im öffentlichen Interesse). Die Bestrebungen der Bundesagentur für Arbeit, die Kriterien „Zusätzlichkeit“ und „öffentliches Interesse“ zu streichen, lehnen wir ab.
- Weiterhin stellt der BFD eine Konkurrenzstruktur zu den bestehenden Jugendfreiwilligendiensten Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) und Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) dar und schafft unnötige Doppelstrukturen, die unzureichend durch die Verwaltung und damit zu Lasten der Träger und Freiwilligen wirken.
- Stattdessen müssen die bestehenden Jugendfreiwilligendienste FSJ und FÖJ gestärkt werden.
- Die Jugendfreiwilligendienste müssen als Lern- und Bildungsdienste für Jugendliche und junge Erwachsene bis 27 Jahre definiert werden und von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung sowie von Ausbildungsverhältnissen abgegrenzt sein.
- Die Jugendfreiwilligendienste müssen arbeitsmarktneutral sein. Freiwillige haben ausschließlich ergänzende und flankierende Aufgaben zu übernehmen. Das ist regelmäßig bei Trägern und Einsatzstellen zu überprüfen.
- Jugendliche in FSJ- und FÖJ-Stellen müssen eine angemessene Aufwandsentschädigung erhalten, damit auch Jugendliche aus armen Elternhäusern sich Jugendfreiwilligendienste leisten können.
- Freiwillige dürfen keine „Pflegebeamten auf Zeit“ sein, sondern ihnen müssen Mitbestimmungsrechte eingeräumt werden.
- Die Verdrängung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus dem Jugendhilfe-, Altenhilfe- und Gesundheitsbereich lehnen wir ab. Ungelernte können keine Fachkräfte ersetzen.
- Die Verdrängung von Arbeitsplätzen im sozialen Bereich, die vorrangig von Frauen besetzt werden, lehnen wir ab, da sie vor allem die Altersarmut von Frauen voran treiben wird.
- Soziale Arbeit ist gesellschaftlich notwendige Arbeit und muss tariflich entlohnt werden.
- Die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge lehnen wir ab.
- Der BFD und der angeschlossene Freiwilligendienst aller Generationen von 16 – 70 Jahre untergräbt die Regelaltersgrenze von 67 Jahren.